



Betriebskostenabrechnung fehlerhaft:

Mieter bekommen Geld zurück!

Der konsequenten Beharrlichkeit von Gemeinderätin Rosamaria Zink verdanken 64 Mieter der Gemeindewohnungen in der Oberen Bahngasse eine Rückzahlung von durchschnittlich 70 Euro.

Die fehlerhaften Betriebskostenabrechnungen, welche von den proMz Gemeinderäten immer wieder und bei jeder Gelegenheit zur Sprache gebracht wurden, führten nunmehr auch dazu, dass eine andere Firma mit dem Ablesen der Zähler beauftragt wird.

Alles in Ordnung?

Trotzdem ist bei weitem noch nicht alles in bester Ordnung. Weiterhin wird seitens der Gemeindeverwaltung verabsäumt den Mietern eine exakte Abrechnung auszuhandigen. Weiters finden sich noch immer Ausgaben in den Aufstellungen, die den Mietern nicht angerechnet werden dürfen. „Wir werden nicht lockerlassen, so lange es keine Transparenz gibt werden wir aufstehen und diese einfordern!“, so Rosamaria Zink.

Irren ist amtlich

Eines zeigt dieser Fall auf. Es ist notwendig alles zu hinterfragen – auch Ämter und Beamte

können sich irren. Von den politisch Verantwortlichen jedoch fordern wir Maßnahmen, dass solche Dinge nicht so oft vorkommen. Es geht nicht an, dass man hergeht und dies als einmaligen „Ausrutscher“ hinstellt.

„ProMz jedenfalls wird jetzt noch mehr Augenmerk darauf legen, dass Mieter nicht mehr be-rapen als notwendig“, versichert Gemeinderat Rosenblattl.

Mieterschutz

„Die Mieterberatung wird von uns weiter ausgebaut. Der parteiunabhängige Mieterschutzverband wird uns dabei rechtlich und fachlich unterstützen“, führt GR Zink weiter aus. Die der SPÖ nahestehende Mietervereinigung hat ja ihrerseits bei der Überprüfung der Abrechnung nichts Unkorrektes festgestellt.....





Kommentar

City Bus und City Taxi

Die Diskussion über den Einsatz von City Bussen beschäftigt uns schon seit fast 20 Jahren. Die Verkehrssituation in Mürzzuschlag hat sich mittlerweile weiterhin verschlechtert. Das seinerzeit eingeführte City Taxi ist eine zwar angenehme, aber für viele nicht leistbare und unzureichende Alternative.

Nunmehr scheint aber Bewegung in die Diskussion gekommen zu sein. Die Mürztaler Verkehrsbetriebe haben ein fertiges Konzept über einen City Bus- Linienverkehr in der Tischlade. Das immer wieder als Gegenargument ins Spiel gebrachte „Wer soll das bezahlen?“ hat sich in Nichts aufgelöst: Denn, die Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung (170.000 €) machen mehr als das Doppelte aus, was ein City Bus kosten würde (ca 80.000 €). Außerdem würden sich die Kosten auf Bund, Land und die Gemeinden dritteln, sollte es gelingen noch andere Gemeinden miteinzubinden.

Ein weiteres Argument war immer die fehlende Konzession. Dieses war

schlichtweg falsch. Seit 8 Jahren befindet sich diese in den Händen der MVG, allein Gebrauch „durften“ sie keinen davon machen. Sogar die Haltestellen wurden schon behördlich genehmigt.

Zu den Tarifen einige Kostproben gefällig: 1 Fahrschein für einen Vollzahler 1,70 €, eine Monatskarte 29,60 €. Kinder bis 15 Jahre in Begleitung eines Erwachsenen fahren gratis! Alleine kostet eine Fahrt für Kinder, Senioren und Behinderte 0,90 €- die 24- Stunden Karte 1,80 €.

Die Gegenüberstellung City Taxi oder City Bus ist ebenfalls nicht zulässig: Es gibt Beispiele wie Judenburg, wo beide Einrichtungen nebeneinander existieren. Personen, welche nicht im unmittelbaren Einzugsbereich des Busses wohnen, bekommen ebenso wie Behinderte und Gebrechliche Taxigutscheine um 2,25 €.

Das Konzept der MVG hat 4 Linien vorgesehen: Immer ausgehend von der Wienerstraße werden 2 davon im Stundentakt und die anderen 2 abwechselnd, d.h. im 2- Stundentakt geführt. Eingebunden sind dabei auch „entlegene“ Gassen wie zum Beispiel die Pretulstraße oder die Pernreitgasse, der Tennisplatz und die Ziegenburg. Mit Schöneben und Hönigsberg soll es in Verbindung mit dem Bahnbus ein abgestimmtes Angebot geben.

Diese Sammlung von Argumenten ist bei weitem nicht vollzählig. Sie hat aber mittlerweile dazu geführt, dass es (zumindest in Ansätzen) bereits zu einem Umdenken bei der Mehrheitsfraktion im Gemeinderat geführt hat.

Franz Rosenblattl

KPÖ fordert ÖGB-Urabstimmung zum Thema BAWAG-Verkauf

Die KPÖ, eine der 3 Gründungsparteien des überparteilichen ÖGB, fordert eine ÖGB-Urabstimmung zum Thema BAWAG-Verkauf, dies teilte Mirko Messner, Bundessprecher der KPÖ, mit.

„Alle ÖGB-Mitglieder haben ein Recht auf Mitsprache“, so Messner, der erneut bekräftigte, dass es „unakzeptabel ist, dass solch eine weitreichende Entscheidung ohne ausführliche Debatte von Pro- und Contra-Argumenten und ohne die umfassende Einbeziehung der ÖGB-Mitglieder getroffen wird.“ „Kein Verkauf der BAWAG ohne Mitbestimmung aller ÖGB-Mitglieder! Für eine ÖGB-Urabstimmung, damit alle Mitglieder mitentscheiden können!“ - so auch die Forderungen einer Online-Unterschriften-Aktion, welche die KPÖ bereits auf ihrer Website (www.kpoe.at) gestartet hat.

170 JOBS SIND VERLOREN

Wartberg am Abstellgleis

Ende März wurde die Produktion (Heizkörper) bei Vogel&Noot in Wartberg stillgelegt, obwohl der finnische Mutterkonzern Rettig satte Gewinne macht. Die Arbeitsplätze wandern nach Ungarn und in die Slowakei. Die KPÖ fordert, dass endlich die Politik die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft festlegt und nicht umgekehrt. Wartberg wurde zugesperrt, weil es die Unternehmensstrategie des finnischen Eigentümers so wollte.

Die Beschäftigten in Wartberg bleiben auf der Strecke. Für Konzerne sind die Schicksale der Arbeiter und Angestellten unwichtig, ihnen geht es nur um den Maximalprofit. Und die EU hilft dabei. Zuerst hat man Förderungen kassiert, jetzt soll die öffentliche Hand die Schließung der Produktion sozial abfedern. Viele Arbeiter haben aber in Häuser und Wohnungen investiert, haben Autos gekauft und Kredite aufgenommen. Und die Gemeinde muss mit dem Verlust von 250.000 Euro an Kommunalsteuer rechnen.



Aus dem Gemeinderat

Die letzte Gemeinderatssitzung am 27. März hatte als Schwerpunkt den Rechnungsabschluss 2005. Zu Beginn der Sitzung wurden 2 Dringlichkeitsanträge diskutiert und an die zuständigen Ausschüsse weitergeleitet. Der erste kam von den Gemeinderäten von proMz und betraf die im Dezember des Vorjahres eingeführte Bonus Card.

Lediglich 46 Personen...

...kommen in den Genuss der Bonus Card. Sie berechtigt dazu, den verbilligten City Taxi- Tarif und einen ermäßigten Eintritt im Hallenbad in Anspruch zu nehmen. Allerdings ist die Einkommensgrenze derart niedrig angesetzt, dass kaum jemand unter diese Grenze (675 Euro) fällt. Aus diesem Grund forderte proMz eine Anhebung des Richtsatzes um 20% und gleichzeitig die Herausnahme des Pflegegeldes aus der Berechnung. (Bei der Altenurlaubsaktion liegt der Richtsatz bei 874 Euro). Bgm. Kranner meinte dazu: „Das Pflegegeld ist dazu da, um Taxi- Gutscheine zu kaufen“. Der Antrag wurde an den Sozialausschuss weitergeleitet, das heißt, es kam (noch) zu keinem Beschluss.

Dasselbe traf auch beim zweiten Antrag (gestellt vom Grüngemeinderat Dr. Holzer) zu. Im gegenständlichen Antrag wurde die Einsetzung einer Projektgruppe gefordert, welche einen City Bus-Einsatz in Mürzzuschlag prüfen sollte.

Fragestunde

GR Mag. Ledolter richtete an den Vorsitzenden des Stadtwerkeaussschusses Vzbgm. Juricek die Anfrage warum es beim Bilderbogen keine "Offenlegung" gegeben hat. Dies sei im Medienrecht gesetzlich vorgeschrieben. Vbgm Juricek versprach, sich darum zu

kümmern. Die zweite Frage betraf die Wohnstraße, ob es positive messbare Erfolge gibt. Die stereotype Antwort des Bgm: "Man sieht es ja."

GR Zink erkundigte sich über den Stand der Verhandlungen betreffend ehemalige Hauptschule in der Au. Bgm Kranner konnte leider mit keiner positiven Antwort aufwarten. Somit liegt dieses Gebäude weiterhin brach und kostet dem Steuerzahler ca 70.000 € jährlich.

Eine weitere Anfrage von Rosamaria Zink betraf die Betriebskostenabrechnung in den Häusern der Oberen Bahngasse. Dabei gestand Bgm Kranner erstmals Fehler ein und versprach die Rückzahlung an die Mieter.

Lift verlagert Produktion

GR Rosenblattl richtete an Bgm Kranner die Anfrage, ob es stimmt, dass die Fa. Lift die Produktion von Mürzzuschlag nach Ternitz verlegt. Weiters richtete er die Frage, ob an dem Gerücht, dass mangelnde Kooperationsbereitschaft seitens der Gemeinde die Ursache für die Standortverlegung sei. Bgm Kranner konnte auch hier nichts Positives berichten. Tatsächlich wird die „Display- Production“ Mürzzuschlag den Rücken kehren. Damit verbunden ist der Verlust von ca. 50 Arbeitsplätzen in Mürzzuschlag. Motiv, laut Bgm, sei aber nicht „mangelnde Kooperation“ der Gemeinde, sondern firmenpolitische Interessen.

Rechnungsabschluss

Trotz Mehrausgaben beim Winterdienst von 65.000 € konnte das Vorjahr ausgeglichen abgeschlossen werden. GR Rosenblattl meinte zum RA: "Besonders fallen zwei Punkte auf. Erstens das Parkhaus, das erstmals keine roten Zahlen schrieb und zweitens, dass allein die Parkraumbewirtschaftung 170.000 € einbrachte. Würde man diese Mittel zweckgebunden verwenden, so

wäre ein City Bus- Betrieb samt City Taxi ausfinanziert.

GR Meißl (FP) war enttäuscht von den mangelnden Besuchern im Wintersportmuseum, GR Leitner (VP) von der fehlenden Zahlungsmoral bei immer mehr Mietern von Gemeindefwohnungen. GR Ledolter kritisierte die Öffentlichkeitsarbeit, im Speziellen den Internet-Auftritt der Gemeinde. Bgm Kranner widersprach dem nicht und versprach sich für eine attraktivere Homepage einzusetzen. GR Holzer (Grüne) wies auf ein Fremdenverkehrsprospekt für das neue Hotel hin. Darin wird von einem Hotel inmitten von attraktiven Fußgängerzonen gesprochen....

Trotz einiger kritischer Anmerkungen stimmten alle Fraktionen diesem Rechnungsabschluss zu.

Die unendliche Geschichte

Sie erinnern sich noch an die Geschichte mit den gefällten Bäumen? Im Sommer 2004 wurden in der oberen Bahngasse zahlreiche Bäume gefällt. Im März 2005 wurden 64 Mieter in der Betriebskostenabrechnung mit den Kosten belastet. Doch das ist einigen Mietern aufgestoßen, was zu einer Anfrage an den Bürgermeister geführt hat.

Doch unser allseits beliebter Bürgermeister fand „alles in Ordnung“. Dem war jedoch nicht so! Man hakte nach, man recherchierte – was mit einigen Schwierigkeiten verbunden war. Denn längere Zeit standen die Unterlagen nicht zur Verfügung, obwohl lt. Mietengesetz jeder Mieter berechtigt ist jederzeit in BK-Abrechnungen Einsicht zu nehmen.

Doch Hartnäckigkeit lohnt sich, denn die Stadtverwaltung musste nach einjährigem Hinhalten doch Fehler zugeben. Was natürlich 64 Mieter mit Genugtuung zur Kenntnis nahmen. Die Moral von dieser unendlichen Geschichte: Misstrauen Sie grundsätzlich jeder Betriebskostenabrechnung. Wenn nur der geringste Zweifel besteht, fragen Sie nach und berufen Sie, wenn Sie glauben, dass etwas nicht in Ordnung ist! Laut Mietengesetz haben Sie das Recht dazu.

Nutzen Sie auch unsere Mieterberatung- wie Sie sehen zahlt es sich auch aus.

GR Rosamaria Zink



Mürzer Stammtisch

„Host scho g`hert,
des Nostalschiteam wor in Dubai?“

„Jo, wos hom denn dei ba
de Ölscheichs g`mocht?“

„Na, sei hom den Scheichs unsa
Wintaspurtmuseum schmockhoft
gmocht?“

"Solln dei leicht die Besuchazohn
in die Höh treib`n?"

„Na, oba vielleicht kaffn sas uns oh“



„Ein Jahr pro MZ“ Das Interview

Interview mit den Gemeinderat^{en} von
PRO MZ

Die Liste Rosenblattl PRO MZ hat sich nach der Volksabstimmung über die FUZO Neu aus der KPÖ und Parteilosen formiert und auf Anrieb als drittstärkste Kraft mit drei Mandaten den Einzug in den Gemeinderat geschafft. Geplant war eine bunte Liste unter Miteinbeziehung der Grünen, welche aber an den Parteigrundsätzen der Grünen scheiterte.

Die Redaktion von MHM hat die drei Gemeinderäte von PRO MZ interviewt:

MHM: Wie funktioniert nach einem Jahr die Zusammenarbeit und sind Ihre Erwartungen in Erfüllung gegangen?

Rosenblattl: Es ist sicher angenehm nach so langen Jahren des Alleingangs mit Gleichgesinnten zu arbeiten. Die Zusammenarbeit funktioniert bestens, die Themen werden vorher besprochen es gibt keinen Fraktionszwang und doch wird gemeinsam nach einer Lösung gesucht.

Ledolter: Es wäre Schönfärberei zu sagen, dass alles optimal funktioniert. „Wo gehobelt wird fliegen Späne“ - da ein Bündnis immer aus Kompromissen besteht. Wir sind aber bestrebt durch konstruktive Diskussionen immer eine gute Lösung zu finden.

MHM: Wie gestaltet sich Ihre Arbeit im Gemeinderat?

Rosenblattl: Die Arbeit ist sehr umfangreich, da wir als Minderheitsfraktion zu dritt sämtliche Fachausschüsse besuchen müssen um an Informationen zu kommen. Im Gegensatz zu früher hat sich das Klima eindeutig verbessert. Gute Ideen von uns werden angenommen, doch von der Mehrheitsfraktion als eigener Erfolg verbucht.

Ledolter: Ich habe mir die Arbeit leichter vorgestellt. In Wirklichkeit ist es so, dass man sich ein umfangreiches Wissen in den verschiedenen Fachbereichen aneignen muss, wenn man die Aufgabe ernst nimmt. Die Oppositionsrolle besteht vorwiegend aus einer Kontrollfunktion und dem Aufzeigen von Missständen. In manchen Ausschüssen wird konstruktive Kritik positiv, aufgenommen während man in

anderen Bereichen wie z.B. beim chaotischen innerstädtischen Verkehrskonzept, bei der Frage nach der Verkehrsdisziplin und bei der Frage nach dem Erfolg der Wohnstraße auf permanente Wahrnehmungs- und Handlungsverweigerung, Ablehnung und Schönfärberei stößt. Wir fordern eine ziffernmäßige Evaluierung- oder gibt es keine seriösen Ergebnisse?

Zink: Ich bin das erste Mal im Gemeinderat. Ich war erstaunt darüber, dass die Umsetzung von aufgezeigten Missständen sehr lange dauert und ich würde mir wünschen, dass es im Sinne der Betroffenen schneller geht. Ich bin verwundert, dass sich von der Mehrheitsfraktion nur wenige zu Wort melden - oder haben sie nichts zu sagen?

MHM: Auf welche Erfolge können Sie nach dem ersten Jahr zurückblicken?

Rosenblattl: Als Erfolg kann PRO MZ verbuchen: Einen erfolgreichen Dringlichkeitsantrag für Massnahmen gegen die Feinstaubbelastung.

Eine vom Gemeinderat beschlos-

sen Resolution an das Bundesministerium für die Erstvariante des Semmeringbasistunnels. Durch genaue Kontrolle von fehlerhaften Mietabrechnungen werden 64 Mieter Geld rückerstattet bekommen. Durch unsere Mithilfe konnten die Eintrittspreise im VIVAX für sozial Schwache etwas reduziert werden.

bin in erster Linie für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig. Weiters sind für mich die Bereiche Stadtplanung, Verkehr, Umwelt, Kultur, Schule und Jugend von großer Bedeutung.

Zink: Soziales, Umwelt, Wohnen und Kultur sind für mich wichtige Bereiche. In diesem Zusammenhang sind mir Herr Dir. Smole und Frau GR Bauer als besonders engagiert aufgefallen.

MHM: Wofür werden Sie sich in Zukunft besonders einsetzen?
Rosenblattl: Die wichtigste Frage ist für mich die Schaffung neuer Arbeitsplätze, die eine Abwanderung stoppen und einen wirtschaftlichen Aufschwung ermöglichen sollen. Der Erhalt der Kaufkraft und die Einführung eines City Busses sind Bereiche, für die ich mich besonders einsetzen werde. Nicht zuletzt werden wir weiterhin das Sprachrohr der sozial Schwächeren, der Pensionisten und der arbeitenden Bevölkerung sein.

Des weiteren sind wir gerade im Aufbau einer Mieter- und Sozi-



alberatung. Der Landtagsklub der KPÖ wird uns dabei kräftig unterstützen.

Ledolter: Da ich aus einer Bürgerinitiative komme, werde ich mich besonders für Bürgerrechte und Gerechtigkeit einsetzen. Auch eine Verbesserung des innerstädtischen Verkehrskonzepts mit Massnahmen gegen den Feinstaub und andere Umweltfragen sowie der Bereich Schule und Jugend liegen mir besonders am Herzen.

Zink: Für folgende Bereiche werde ich kämpfen: Kontrolle der Betriebskostenabrechnungen für Gemeindewohnungen, Verbesserung der Frauensituation im Beruf sowie Jugendfragen und Kinderbetreuung.

MHM: Welche Schwerpunkte haben Sie sich in ihrer Arbeit gesetzt?

Rosenblattl: Für mich war es wichtig, dass die Tradition der KP-Gemeinderäte fortgesetzt werden konnte. Die Themen, die immer eine Rolle gespielt haben, sind nach wie vor relevant z. B. Soziales, Wohnen und Arbeitsplatzfragen.

Ledolter: Als Mediensprecher

MHM: Danke für das Gespräch.

HELFFEN STATT REDEN

Wofür die KPÖ-Politikerbezüge 2005 verwendet wurden. Wie jedes Jahr legte Ernest Kaltenecker die Verwendung seiner Politikerbezüge offen, diesmal zum ersten Mal als Obmann des KPÖ-Landtagsklubs. Ihm gleich taten es die KPÖ-Landtagsabgeordneten. Insgesamt gingen mehr als 87.000 Euro an in Not geratene Menschen und Sozialprojekte.

Für KPÖ-Mandatarinnen und -mandatäre gilt eine Einkommensgrenze von 1.950 Euro netto, darüber hinausgehende Beträge werden in den Sozialfonds von Ernest Kaltenecker, dessen Bruttoeinkommen als Klubobmann monatlich 9.659,10 Euro ausmacht, einbezahlt. Durch die Vertretung der KPÖ im Steiermärkischen Landtag stiegen die Ausgaben für in Not geratene Menschen im Jahr 2005 auf insgesamt 68.490,60 Euro, zusätzlich wurden 19.506 Euro für Sozialprojekte gespendet. Klubobmann Ernest Kaltenecker: „Die meisten Probleme gibt es in den Bereichen Strom, Heizung und Miete. Es gibt aber auch immer mehr Menschen, die sich an uns wenden, weil sie ihren Lebensbedarf nicht mehr decken können. Wir können den Betroffenen oft schnell und unbürokratisch helfen. In Österreich gibt es sehr viele Menschen, die von ihrem Einkommen



KPÖ-Landtagsabg. Claudia Klimt-Weithaler

Schreiben Sie uns...

Landtags-klub der KPÖ

Ernest Kaltenecker und die Abgeordneten der KPÖ im Steiermärkischen Landtag sind im Landhaus unter folgenden Nummern zu erreichen:

Ernest Kaltenecker: 0316 / 877 5106
ernest.kaltenecker@stmk.gv.at
Fax: 0316 877 51 08
Claudia Klimt-Weithaler 0316/877 5104
claudia.klimt@kpoe-steiermark.at
Labg. Renate Pacher, 035 12 / 82240
renate.pacher@kpoe-steiermark.at
Labg. Werner Murgg, 038 42 / 22 670
werner.murgg@kpoe-steiermark.at

nicht leben können. Hauptbetroffen sind vor allem MindestrentnerInnen und AlleinerzieherInnen.“ Diese Unterstützungen seien notwendig, weil viele Menschen kurzfristig Hilfe brauchen. Die Landtagsarbeit der KPÖ zielt darauf ab, die Lebensbedingungen so zu verbessern, dass Menschen nicht auf derlei Unterstützungen angewiesen sind, so Kaltenecker.

Großverdiener: Doppelfunktion verhilft Ex-Landesrat Wolfgang Erlitz zu fettem Konto

Der ehemalige Gesundheitslandesrat Erlitz wurde nach der Landtagswahl auf Vorschlag der SPÖ zum amtsführenden Präsidenten des Landesschulrats gewählt; gleichzeitig sitzt Erlitz als SPÖ-Vertreter im Bundesrat in Wien. Der Vertreter der KPÖ im 15-köpfigen Landesschulrat, AHS-Lehrer Andreas Fabisch, war bei dieser Wahl der einzige, der Erlitz nicht seine Stimme gab. Fabisch: „Diese Funktion an der Spitze des Landesschulrats ist eines der verantwortungsvollsten Ämter, die das Land Steiermark zu vergeben hat. Deshalb kann die Funktion sicher nicht als Halbtagsjob, zusätzlich zur Tätigkeit als Bundesrat in Wien, ausgeübt werden. Ämterkumulierungen dieser Art lehnen wir entschieden ab!“ Als Landesschulratspräsident verdient Erlitz knapp 8.000 Euro monatlich. Zusammen mit seinem Bezug als Bundesrat von rund 3.700 Euro verdient er beinahe so viel wie als Landesrat. Das legt den Verdacht nahe, dass Erlitz nur mit Hilfe dieses Doppelpostens dazu zu bewegen war, seinen Sessel als Gesundheitslandesrat an Helmut Hirt abzutreten.

Was Landespolitiker verdienen

| Funktion | monatl. Bezug |
|-------------------------------|---------------|
| Landeshauptmann | 14.682 € |
| LH-Stellvertreter | 13.909 € |
| Landesräte | 13.136 € |
| 1. Landtagspräsident | 10.432 € |
| Präsident des Landesschulrats | 7.727 € |
| Landtagsabgeordnete | 5.022 € |

Rezeptgebühr: Die Ärmsten müssen zahlen

Die KPÖ setzt sich dafür ein, dass die Rezeptgebühren für Angehörige von jenen Menschen abgeschafft werden, die davon befreit sind.

Was kompliziert klingt, ist ganz

einfach: Derzeit müssen Mitversicherte von Personen, die von der Rezeptgebühr befreit sind, die also ohnehin zu den sozial Schwächsten zählen, bei Krankenhausaufenthalten Selbstbehalt berappen. Ihre Angehörigen hingegen sind von dieser Abgabe befreit.

Diese Regelung ist für die KPÖ ungerecht. „Die Steiermark kann hier mit gutem Beispiel vorangehen und den Betroffenen schnell helfen“, so KPÖ-Klubchef Ernest Kaltenecker.

Sein Antrag wurde im Gesundheitsausschuss einstimmig angenommen.

Nun bleibt abzuwarten, ob die Landesregierung bereit ist, auch den sozial schwächsten Mitgliedern der Gesellschaft eine gute medizinische Versorgung ohne hohe Kosten zu ermöglichen.

Modeschau anders

Wenn kreative und ideenreiche Leute zusammenkommen ergibt das immer gelungene Veranstaltungen. So geschehen am 15. März dieses Jahres.

Der Elternverein der Peter-Rossegger Haupt- und Realschule hat zu einer Modenschau der „anderen Art“ in den Stadtsaal geladen. Dort waren keine Supermodels zu bestaunen, die mit ausgeflippten Kreationen den Besuchern „Aahs“ und „Oohs“ entlockten. Nein, ganz normale Menschen wie Du und Ich präsentierten Mode der Firmen Schöps und Schrittwieser (Damen-, Herren-, Kindermoden), Rammer (Hüte und andere Accessoires), Sommer (Schuhe) und Deininger (Trachten). Es war eine Wonne zuzuschauen, wie Kinder im Kindergartenalter, Schüler und Erwachsene in herzerfrischender, liebenswürdiger Unbefangenheit die Kreationen vorführten.

Ein besonderer Höhepunkt war die Präsentation selbst entworfener Kleider der Mürzzuschlager HAK-Schüler. Die Haarkünstlerinnen der Firma Red Hair zeigten mit ihrer „Vorher-Nachher Show“ eindrucksvoll, wie man aus grauen Mäusen schillernde Paradiesvögel zaubern kann.

Den musikalischen Rahmen besorgten die „Bärnkogler“, die mit ihrer „Maxi-Playback-Show“ ebenfalls das Publikum begeisterten.

Ohne hochgestochene Regie ist alles wunderbar abgelaufen. Menschen haben für Menschen einen gelungenen Abend gestaltet. Rosamarie.Z.

„Ein Jahr pro MZ“ Ein Situationsbericht



Nach der Volksabstimmung formierte sich für die GR Wahl die Liste Rosenblattl pro MZ, die auf Anhieb drei Mandate schaffte und als drittstärkste Kraft

in den Gemeinderat einzog.

Die Ausgangssituation war mehr als ungünstig, da die SPÖ nach wie vor die absolute Mehrheit hat und nach jahrzehntelanger Alleinherrschaft tiefe, negative Spuren in Bezug auf Bürgerrechte, Eigeninitiative, Meinungsvielfalt und Demokratieverständnis hinterlassen hat.

Abhängigkeit, Ängste, Resignation und Unterwürfigkeit stehen bei der Bevölkerung im Vordergrund. Die Abhängigkeit in vielen existentiellen Lebensbereichen (Wohnung, Arbeitsplatz, ...) hemmt Eigeninitiative, wirtschaftliche Entwicklung, den Mut zu Kritik und lässt ein Klima der Angst entstehen.

Abgehoben

So ist es nicht verwunderlich, dass die Abgehobenheit der Parteispitze soweit geht, dass sie felsenfest davon überzeugt ist, nur von breiter Zustimmung zu ihrem Tun umgeben zu sein, nicht mehr registrierend, dass Abhängige ihren Gönnern fast ausschließlich nur Rosen streuen.

Die massive Kritik hingegen wird natürlich nur hinter vorgehaltener Hand an die Opposition herangetragen.

Da bislang Kritik kaum ein Thema war, galt für viele SP - Partei Granden schon ein „nicht Mitjubeln“ als Kritik und „konstruktive Kritik“ als Beleidigung.

Einheitsmeinungen und (scheinbare) Harmonie gibt es jedoch nur in Diktaturen. Eine Demokratie dagegen lebt von der lebendigen Auseinandersetzung von Interessengegensätzen und ihrem Ausgleich.

Es ist also ein gewisses Maß an Streitkultur notwendig, die sich natürlich in einem fairen Rahmen bewegen muss.

Parteisoldaten

Leider gibt es bei den Sozialdemokraten noch immer zu viele „Partei-

soldaten“, die getreu dem „Sinowatschem“ Motto „Ohne die Partei bin ich gar nichts“ keine eigene Meinung haben dürfen. Glücklicherweise gibt es aber auch schon fortschrittliche Kräfte, die kritikfähig und guten Ideen aufgeschlossen sind, auch wenn sie nicht von ihnen kommen. Jedenfalls glaube ich

aber mit Sicherheit sagen zu können, dass die ehemalige Bürgerbewegung „FUZO NEU“ für sich in Anspruch nehmen kann, einen „Nachdenk-, bzw. Um-denkprozess“ eingeleitet zu haben. Die Gemeinde, nach der Familie die kleinste Einheit politischen Handelns wäre an sich der geeignetste Ort, an dem die Selbstverwaltung von einer aktiven Bürgerschaft getragen wird. In der Realität sieht es leider so aus, dass durch die Verflechtung von Freundschaften, Verwandtschaften, Seilschaften und einflussreichen Familien eine kleine Elite das politische Handeln an sich reißt.

Freunderlwirtschaft

Dieser Umstand kommt besonders in der Personalpolitik (von der die Opposition ausgeschlossen ist) in Form von „Freunderlwirtschaft“ und in der Raumordnungspolitik bei Baugenehmigungen etc. zutage. Wir alle kennen ja diverse Beispiele!

Neben einer aktiven Bürgerschaft, die leider aus Angst, Trägheit oder Resignation nicht besteht, wäre in unserem Fall eine kritische lokale Presse von Vorteil - doch ist auch leider hier, - das Gegenteil der Fall. So bleibt uns nur die Möglichkeit, immer wieder Missstände und Unzulänglichkeiten aufzuzeigen, konstruktive Kritik zu üben, um damit einen gemeinsamen Weg zu finden.

Mehr Zivilcourage

Im Bemühen, dass viel mehr Bürgerinnen und Bürger ihre Rechte in Anspruch nehmen, möchte ich zu mehr Zivilcourage aufrufen.

Nicht wegschauen und hinter vorgehaltener Hand drauflos kritisieren und sagen „die machen sowieso was

sie wollen“, sondern sich an richtiger Stelle Luft machen (es können auch die nächsten GR Wahlen sein) und aktiv mitgestalten! Kommen Sie zu den Gemeinderatssitzungen! Sie sind öffentlich und jeder ist eingeladen sich an Ort und Stelle vom politischen Geschehen im Gemeinderat ein Bild zu machen.



Besuchen Sie auch die nächste Bürgerversammlung und bringen Sie ohne Scheu, „so wie Ihnen der Schnabel gewachsen ist“ Ihre Wünsche, Anregungen und Beschwerden vor! Die Volksvertreter werden von Ihrem Steuergeld bezahlt und sind verpflichtet Ihnen Rede und Antwort zu stehen.

Zeigen Sie Zivilcourage, fressen Sie Ärger nicht in sich hinein, sondern gestalten Sie aktiv an Gerechtigkeit und Stadtentwicklung mit, dass sich so ein Projekt wie der Stadtplatz nicht wiederholen kann!

G.R. Mag. Wilfried Ledolter

Café El Paso

Barbara Schloffer
Wienerstraße 57
Tel.: 03852 3136

Montag- Samstag
10:00- 24:00



Wie lange werden die Menschen in Zukunft wohl arbeiten müssen?

Ingrid Hashish
Hematyar

Meine Enkelkinder gehen wahrscheinlich arbeiten bis sie 80 Jahre sind. Vorausgesetzt sie finden überhaupt jemals eine. Was schwer werden wird, denn es gibt jetzt schon keine Arbeit, wenn dann alle bis ins Greisenalter ihren Job machen müssen, ja dann wird ja wieder kein Arbeitsplatz frei. Die Stellen, die es dann noch gibt, werden entweder nicht nachbesetzt oder ins Ausland verlagert. Wahrscheinlich fängt der „Nachwuchs“, wenn er Glück hat, erst mit 40 an zu arbeiten, wozu es aber nicht kommen wird, denn bis dahin ist er eh verhungert oder hat riesige Schulden beim Sozialamt. Der Herr Bundeskanzler Schüssel, samt Anhang, kann sicherlich seine Arbeit bis zum 120. Lebensjahr machen (aber alle guten Geister mögen uns davor bitte bewahren). Diese Herren haben in ihrem ganzen Leben noch nichts getragen, was schwerer als ihr Kugelschreiber war. Aber Berufe, wie die eines Fabrikarbeiters, Dachdeckers, Verkäufers, einer Krankenschwester,..... wie soll das bitte gehen?

Die Idee der Regierung: laaange arbeiten und kurz vor Erreichen der Pension tot umfallen. Dann spart man die anfallende Pension und auch die Krankenkosten. Und für die Herren in der Regierung reichs dann allemal. Also Ärmel hoch krepeln und schuffen bis zum Umfallen!

In diesem Sinne wünsche ich angenehmes und würdevolles Altern.

Ingrid Hashish-Hematyar



Nägel mit Köpfen

Ich bin auf dem Land aufgewachsen und ich liebe das ländliche Leben, ich bin absolut kein Stadtmensch.

Dennoch sind gewisse Umstände verantwortlich, dass ich bis dato noch in Wien wohne, dies aber nur noch bis Ende Juni. Dann übersiedle ich eben nach Mürzzuschlag und ich freue mich schon sehr darauf.

Nun, seit Anfang Januar dieses Jahres bin ich jedes Wochenende in dieser an und für sich reizenden Stadt, und versuche, meine Augen und Ohren offen zu halten, um mich als zukünftiger Einwohner integrieren und auch fachlich argumentieren zu können.

Ich lese daher auch die Mürzer Stadtzeitung und versuche, den Inhalt dieser Zeitung zu verstehen, was mir zugegebenermaßen nicht leicht fällt.

Ich vergaß zu erwähnen, dass ich durch meinen Beruf auch die Prüfungen eines Umweltbeauftragten und die Prüfung eines Abfallbeauftragten ablegen musste, beide Prüfungen staatlich anerkannt, ich glaube daher zu wissen, worüber ich schreibe...

Als ich Anfang Januar das erste Mal in Mürzzuschlag war, ging ich in der Stadt spazieren und erfreute mich an dem regen Treiben in dieser Stadt. Als ich am Stadtplatz ankam, sah ich



zuerst den Bauernmarkt und dachte noch, was für eine gute Idee da verwirklicht war.
Leider erfuhr ich etwas später, dass der Parkplatz, der sich nun nach Verlassen der Marktstände meinen Blicken offerierte, früher einmal anders ausgesehen hatte, mit Bäumen, mit Bänken, mit Springbrunnen...
Was hatte dieser Platz mittlerweile für ein trauriges Schicksal erleiden müssen!
Anstelle von Gästen, welche Erholung suchen würden und sich an Attraktionen freuen könnten, und ich glaube, ich spreche mit diesem Argument vielen Bewohnern aus der Seele, hat man mitten im Stadtkern eine Betonwüste geschaffen. Sind das die berückichtigten, wie in der Mürzzuschlager Zeitung zitierten, „Nägel mit Köpfen“?

Rupert Jungwirth

Ana hot imma des Bummerl

...mit genau diesen Worten übergab der scheidende Gewerkschaftspräsident und Nationalrat Fritz Verzetnitsch sein Amt seinem Nachfolger! Mit welcher Kälte und Überheblichkeit er die davor zurückgelegten Streikgelder, - in die durch Managementfehler „versumpfte“ BAWAG als Sicherheit hineinsteckte, will ich gar nicht näher erläutern! Jener Fritz Verzetnitsch muss sein Dasein zukünftig als Pensionär mit läppischen 11.000 Euro fristen...

Bleibt nur zu hoffen, dass er sich seinen Lebensstandard mit diesen „Almosen“ noch erhalten kann - hat sich der arme Kerl doch schon an sein Penthouse in Wien gewöhnt... Wenn man das Ganze so betrachtet, wundert es mich überhaupt nicht mehr, dass sich unser Pensionssystem nicht mehr ausgehen soll! Es rennen doch zu Hauf so genannte Pensionsbonzen und Doppelpensionäre umher! (Einer wird auch mal unser Bürgermeister sein, sollte er seine 10 Jahre als Bürgermeister abdiene) Wie Fritz Verzetnitsch eingangs schon sagte: „Ana hot imma des Bummerl!“ Er aber nicht, sondern die Masse an Pensionisten, die für ihre mickrige Pension ihr Leben lang gearbeitet haben!

Wilfried Hintergräber

>>> NEU IN MÜRZZUSCHLAG <<<

TRIADE – GEBRAUCHTWAREN

Ankauf – Vermittlung – Verkauf
von Gebrauchtwagen aller Art

Öffnungszeiten: Mo, Di, Mi, Fr: 09:00 – 12:00

Do: 15:00 – 18:00

Grazerstraße 12 (ehemals Farben Harich) 8680 Mürzzuschlag

Tel.Nr.: 0664 40 16 141

Internet: <http://www.triade.at> eMail: shop@triade.at

Testen Sie Ihre politische Wahrnehmung

Fühlen Sie sich als BürgerIn außer vor Wahlen von der Mehrheitsfraktion wahr- und ernstgenommen?

- | | |
|-------------------------------|--------|
| | Punkte |
| a. Über alle Maßen | 0 |
| b. Teilweise | 1 |
| c. Sie fahren über uns drüber | 2 |

Finden Sie die Preise für VIVAX, Taxi und Kultur

- | | |
|---------------|---|
| a. zu nieder | 0 |
| b. angemessen | 1 |
| c. zu hoch | 2 |

Ist die Wohnstraße Ihrer Meinung nach?

- | | |
|-------------------------------------|---|
| a. eine Flaniermeile | 1 |
| b. eine Straße für spielende Kinder | 0 |
| c. eine Durchzugstraße | 2 |

Ist der Stadtplatz für Sie

- | | |
|---------------------------|---|
| a. eine Oase für Menschen | 0 |
| b. kahl und nüchtern | 1 |
| c. ein besserer Parkplatz | 2 |

empfinden Sie **überlaute** Mopeds in der Innenstadt

- | | |
|-----------------|---|
| a. cool | 1 |
| b. geil | 0 |
| c. als Zumutung | 2 |

Was mögen Sie am wenigsten

- | | |
|---|---|
| a. gutes Essen | 1 |
| b. liegen am Strand | 0 |
| c. Freunderlwirtschaft bei der Posten Vergabe | 2 |

Was ist Ihnen lieber im Stadtgebiet?

- | | |
|--|---|
| a. Fahnen statt Bäume | 0 |
| b. Bäume statt Fahnen | 2 |
| c. Ich habe die Frage nicht verstanden | 1 |

Wie hoch ist Ihrer Meinung nach das Risiko in der Innenstadt wegen einen Verkehrsdelikt von der Polizei bestraft zu werden?

- | | |
|---|---|
| a. sehr hoch | 0 |
| b. gering | 1 |
| c. die Polizei wird fast nicht wahrgenommen | 2 |

Was assoziieren Sie mit dem Namen Benno Buzzi und seinem Bilderbogen am ehesten?

- | | |
|---|---|
| a. Silvio Berlusconi | 2 |
| b. den Namen kenne ich nicht | 0 |
| c. ich habe gottseidank keinen Kabelanschluss | 1 |

Auflösung

0-9 Punkte:

Essen Sie mehr Karotten und Walnüsse - das schärft den Blick und die Wahrnehmung!

mehr als 9 Punkte:

Willkommen bei proMZ!

promz@muerznet.at

Rat & Hilfe

bei der Mieterberatung der KPÖ und proMz
 ...bei allen mietrechtlichen Fragen
 ...bei Fragen der Betriebskostenabrechnung
 ...wenn Sie Schwierigkeiten haben, Ihre Miete zu bezahlen
 ...bei drohender Delogierung
 ...wenn Sie mit ihrem Vermieter oder der Genossenschaft Probleme haben
 ...und in Fragen des Arbeitsrechtes, im Pensions- und Sozialbereich
 Rufen Sie an! Wir werden versuchen, gemeinsam eine Lösung zu finden!

Tel: 0664 / 6171317 oder 0676 / 6132771

E-mail: kpoe@muerznet.at

Sprechstunde in der KPÖ Mürzzuschlag, Wienerstraße 148
 Jeden 1. und 3. Mittwoch ab 17 Uhr nach telefonischer Vereinbarung

Helfen statt reden

ein Service der KPÖ und den Gemeinderäten von proMz
 www.muerzzuschlag.kpoe.at www.promz.isdrin.at

Ferienstpaß mit Kinderland

Das Feriendorf am Turnersee in Kärnten und die Kinderland Villa in St. Radegund

Reiten
 Schwimmen
 Fußball
 Wandern
 Olympiade
 Disco
 Karaoke
 Theater
 Pyjamaparty

AUSKUNFT:

Mürzzuschlag:

Franz Rosenblattl 0664 6171317

Hönigsberg:

Heinz Wimpler 30353

Sommerferien 2006

Vorankündigung:

MHM Gartenfest 2006: am 24. Juni

KPÖ

PRO MZ